

2.10.2014

# Rede zum Nachtragshaushalt 2014

(Es gilt das gesprochene Wort)

**Jörg Lorenz**

Vorsitzender der  
**SPD** Fraktion Udem

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,  
meine sehr geehrten Damen und Herren,

um es gleich vorweg zu nehmen: Die SPD wird dem vorgelegten Nachtragshaushalt mit den in den Ausschüssen erarbeiteten Änderungen zustimmen.

Es war die SPD, die bereits im Mai darauf hingewiesen hat, dass die Lage, wie sie im Frühjahr in den Finanzberichten der Verwaltung deutlich wurde, einen Nachtragshaushalt erforderlich machen wird.

Vorangegangen war eine dramatische Entwicklung:

- Ende April betrug die zu erwartenden Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer rd. 1,3 Millionen €
- Mitte Mai waren es dann schon 1,4 Millionen
- im Juli – das hat der Bürgermeister bei der Einbringung des Nachtrags mitgeteilt - waren wir bei 1,6 Millionen angekommen

Damit drohte insgesamt ein Haushaltsloch von über 2 Millionen Euro. Und das bei einem Haushaltsvolumen von rund 14 Millionen.

Es gab zu diesem Zeitpunkt eine Fraktion hier im Haus, die trotz alledem die Situation nicht so dramatisch fand. Der geschätzte Kollege Walter Kanders, zu diesem Zeitpunkt noch Vorsitzender der CDU-Fraktion meinte (und hier zitiere ich aus dem Ratsprotokoll): „er sehe den Sachverhalt noch nicht so dramatisch“ und man könne ja auf die Rücklagen zurückgreifen. Außerdem dürfe man davon ausgehen (Zitat); „dass die Gewerbesteuermindereinnahmen im nächsten Jahr auch wieder zum größten Teil über erhöhte Zuwendungen ausgeglichen werden.“ (Zitat Ende) Lieber Walter Kanders, dazu kann ich nur sagen. Schön wärs!

Uedem ist ja nicht die einzige Kommune, bei der die Gewerbesteuereinnahmen rückläufig sind, wir müssen ja nur in unsere Nachbarschaft schauen, um das zu sehen. Um all diese Verluste auszugleichen, müsste die Verbundmasse, aus der das Land NRW die Schlüsselzuweisungen errechnet, drastisch höher werden. Das wird sie aber nicht werden, weil auch beim Land die Steuereinnahmen nicht annähernd so hoch sind, wie es die Steuerschätzer noch im Mai prognostiziert haben. Stattdessen müssen wir davon ausgehen, dass die bisher im Raum stehende Summe von 9,6 Milliarden noch leicht nach unten wird korrigiert werden müssen.

Zu den sogenannten Rücklagen, auf die wir angeblich zurückgreifen können, will ich nicht mehr viel sagen. Schon oft haben wir darauf hingewiesen, dass es sich hier nicht um Geld handelt, dass wir irgendwo auf der hohen Kante haben, sondern nur

um eine rechnerische Größe, die herangezogen werden kann, um einen zumindest fiktiven Haushaltsausgleich hinzubekommen.

Nun hat die Ratssitzung, bei der sich Walter Kandors so geäußert hat, ja wenige Tage vor der Kommunalwahl stattgefunden. Vermutlich glaubte die CDU deshalb, die Lage schön reden zu müssen. Jetzt ist Wahl vorbei, und auch die Kollegen von der CDU können die rosarote Brille wieder abnehmen.

Der eingebrachte Nachtrag lässt sich in wenigen Sätzen zusammenfassen. Er besteht nämlich in erster Linie:

- aus der Verschiebung von Maßnahmen in Folgejahre – hier ist insbesondere die Fahrbahnsplittung Niedermühlenweg und Gocher Straße zu nennen
- aus Kürzungen, die sich daraus ergeben, dass Geld nicht benötigt wird, weil geplante Etats absehbar nicht ausgeschöpft werden – hier insbesondere im Personalbereich
- sowie aus höheren Erlösen beim Verkauf von Grundstücken

Die mit Abstand größte Verbesserung aber ergibt sich aus einer geradezu wundersamen Vermögensmehrung. Die im Zuge eines größeren Grundstücksgeschäftes abzugebenden Flächen gewinnen durch dieses Geschäft erheblich – nämlich um rund 600.000 € - an Wert, und dieser höhere Wert wird jetzt in unsere Bücher übernommen. Klingt wie ein billiger Taschenspielertrick; ist aber ein unter dem Begriff „Heben stiller Reserven“ auch in der Wirtschaft gängiges legales Mittel. Einziger Nachteil: Es handelt sich nur um Buchgeld, das sich nicht in unserer Kasse oder auf dem Bankkonto wiederfindet und damit unser Liquiditätsproblem nicht löst

Aber hier hilft eine andere Maßnahme, die zunächst widersinnig klingt. Zugespißt gesagt: Wir füllen unser Bankkonto auf Pump - also mit geliehenem Geld, indem eine Kreditermächtigung, die die Verwaltung in 2013 nicht in Anspruch genommen hat, jetzt zur Aufnahme eines Kredits in Höhe von 848.500 € genutzt wird. Damit ist wieder Geld verfügbar, allerdings natürlich um den Preis von Zinszahlungen und Rückzahlungsraten, die uns in den kommenden 10 Jahren belasten werden. Im übrigen steigt durch diese Maßnahmen unsere Verschuldung weiter an und beträgt dann rund 470 € pro Kopf. Gleichwohl haben wir auch dieser Maßnahme zugestimmt, weil sie unter allen schlechten Möglichkeiten noch die beste ist. Die FDP dagegen setzt das unrühmliche Spiel fort, das sie schon in der letzten Wahlperiode gespielt hat, als ihr damaliger Vorsitzender sich der Mitarbeit in der Finanzkommission verweigert hat, ihre Ergebnisse aber für unzureichend erklärte. Jetzt, wo es um die Aufnahme dieses Kredites geht, weiß die FDP zwar auch keine bessere Lösung als die vom Kämmerer vorgeschlagene, macht sich aber bei der Abstimmung im Haupt- und Finanzausschuss einen schlanken Fuß und enthält sich einfach der Stimme.

Es bleibt richtig, was wir Sozialdemokraten – und zugegebener Weise auch der Bürgermeister seit geraumer Zeit - sagen: Die Liquidität wird uns zunehmend Sorgen machen und es ist nicht mehr weit bis zu dem Tag, an dem wir zur Begleichung unserer Rechnungen Geld leihen müssen, sogenannte Kassenkredite. Und dies könnte der Beginn einer Abwärtsspirale sein, weil durch die dafür fälligen Zinsen – auch wenn die derzeit erfreulich niedrig sind - immer mehr Geld benötigt wird. Der Kollege Lehmann hat zwar – ebenfalls kurz vor der Kommunalwahl – im Rat tapfer versucht, auch dieses Problem klein zu reden, aber das hilft uns nicht weiter. Tatsache ist, dass wir, wenn wir heute den Nachtrag so beschließen, zum Jahresende einen Bestand an Liquidität von nur noch 330.000 € erwarten.

Bei der Einbringung des über den Sommer erarbeiteten Nachtragshaushaltes hatte sich dann bereits vieles wieder so sehr verändert, dass der Bürgermeister in seiner Rede davon sprach, dass nun eigentlich der Nachtrag gar nicht mehr nötig sei. Eine sehr eigenwillige Betrachtung finde ich. Das ist etwa so, als wenn man nach einem Zahnarztbesuch, bei dem ein schmerzender Zahn gezogen wurde, keine Schmerzen mehr verspürt und darum erklärt, eigentlich sei der Zahnarztbesuch gar nicht nötig gewesen.

Wesentlicher Punkt ist hier, dass die Gewerbesteuererinnahmen zwar aktuell immer noch deutlich hinter den Erwartungen vom Jahresbeginn zurückbleiben, aber wohl doch mehrere hunderttausend Euro höher sein werden als zum Zeitpunkt der Aufstellung des Nachtrags befürchtet. Die Ausgleichsrücklage wird für den Haushaltsausgleich nun nicht in Anspruch genommen werden müssen. Zur Entwicklung der Liquidität habe ich eben schon das notwendige gesagt.

Die Entwicklung der letzten Monate macht übrigens eines deutlich: Schon die Entwicklung eines Haushaltsjahres ist kaum vorhersehbar und planbar. Ein Doppelhaushalt, wie er seit einiger Zeit von den CDU-Kollegen ins Gespräch gebracht wurde, wäre es noch viel weniger und die Wahrscheinlichkeit, dass es häufiger zu Nachtragshaushalten kommt, wäre deutlich höher. Die SPD wird daher der Einführung von Doppelhaushalten nicht zustimmen.

Bei den Beratungen über den Nachtrag in der Fraktion und in den Ausschüssen ist aus Sicht der SPD-Fraktion etwas deutlich geworden, das ich hier ansprechen will:

Die Anzahl der Fehler und durch Personalausfälle bedingten Versäumnisse hat einen besorgniserregenden Umfang angenommen. Einige aktuelle Beispiele:

Die Kopierkosten verdoppeln sich in diesem Jahr gegenüber der Planung – Grund ist unter anderem, dass zwar schon bei der Haushaltsaufstellung 2014 klar war, dass der Ansatz nicht reicht. Dies ließ sich aber nicht konkret ermitteln, weil nach Aussage der Verwaltung der zuständige Sachbearbeiter erkrankt war.

Die Grundbesitzabgaben wurden falsch berechnet, weil die Niederschlagswassergebühr irrtümlich nicht berücksichtigt wurde.

Die Sicherheitsüberprüfung und Wartung der Teleskoptribüne in der Zweifachturnhalle hat jahrelang nicht stattgefunden, weil Zuständigkeiten verschoben wurden und die notwendigen Informationen nicht weitergegeben wurden.

Ich könnte weitere Beispiele aus der Vergangenheit aufzählen, will uns das aber ersparen, weil wir alle wissen, wovon ich rede.

Nun hat – anders als vom Bürgermeister erwartet – auch die Organisationsuntersuchung keinen weiteren Personalbedarf ergeben. Und natürlich sind dabei auch krankheits- und urlaubsbedingte Ausfälle bereits berücksichtigt. An zu wenig Personal kann es also nicht liegen, die Gründe müssen woanders zu finden sein.

Seit Jahren bemängelt die SPD-Fraktion das mangelhafte Führungsverhalten der Verwaltungschefs und die daraus resultierende Demotivierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das Betriebsklima hier im Hause ist mies. Dafür spricht im übrigen auch die Tatsache, dass der Personalrat angeblich seine Zustimmung zur Einführung von Mitarbeitergesprächen verweigert. Für vertrauensvolle Zusammenarbeit spricht das nicht. Und damit ich hier nicht missverstanden werde: Unsere Kritik richtet sich ausdrücklich nicht gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und schon gar nicht gegen den Personalrat. Das Problem sitzt nach unserer Überzeugung auf dem Chefsessel. Oder, um es mit einem drastischen Sprachbild zu beschreiben: „Der Fisch stinkt vom Kopf!“

Ebenfalls dem Verwaltungschef ist anzulasten, dass der Gemeinderat mehr oder weniger zufällig davon erfahren hat, dass in Uedem seit einigen Wochen eine „City-Streife“ unterwegs ist. Ich will hier nicht die Maßnahme als solche kritisieren sondern nur feststellen, dass wir nicht einmal Gelegenheit bekommen haben, vorher darüber zu diskutieren. Man muss sich das mal vor Augen führen: Da tritt die Gemeinde Uedem hoheitliche Aufgaben an einen privaten Dienstleister ab, und der Rat wird dazu nicht gefragt, weil der Bürgermeister dies offenbar für ein einfaches Geschäft der laufenden Verwaltung hält. Nun könnte man darüber ja noch streiten, ob er dies ohne Zustimmung des Gemeinderates tun durfte, aber eines ist wohl über jeden Zweifel erhaben: Er hätte den Gemeinderat zeitnah darüber informieren müssen. Im §62 (4) der Gemeindeordnung steht es in schlichter Eindeutigkeit: „Der Bürgermeister hat die Gemeindevertretung über alle wichtigen Gemeindeangelegenheiten zu unterrichten.“ Stattdessen haben wir in der Vorlage 60/2014 einen ganzen Satz gefunden, in dem beschrieben wird, dass für den weiteren Einsatz der Fa.Imtakt weitere Mittel benötigt werden und erst auf schriftliche Nachfrage weitere Informationen bekommen.

Herr Bürgermeister, Sie haben in den letzten Monaten gelegentlich erwähnt, dass Ihnen Möglichkeiten offenstehen, ihre Arbeit andernorts fortzusetzen. Ich weiß nicht, wie weit ihre Planungen schon gediehen sind, aber eins darf ich Ihnen jetzt schon versprechen. Die SPD wird Ihnen dabei nicht im Wege stehen.

Im Zusammenhang mit dem ja auch schon in wenigen Monaten vorzulegenden Haushalt 2015 möchte ich noch eine Anregung einbringen, damit wir die Beratungen darüber unter den richtigen Vorzeichen führen. Wir sollten schon bei der Verabschiedung berücksichtigen, welche Änderungen sich durch Ermächtigungsübertragungen aus dem Vorjahr voraussichtlich ergeben werden. Es hilft uns ja nicht weiter, wenn wir im Februar einen Haushalt verabschieden, der einen Liquiditätsüberschuss ausweist, um dann einige Wochen später nach Einbeziehung der Übertragungen vor einer völlig anderen Finanzlage zu stehen, wie es uns in 2013 und 2014 ergangen ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

Ich habe noch ein wichtiges Anliegen. Ich möchte den Versuch zu unternehmen, einen Fehler wieder gut zu machen. Viele von ihnen werden in der Rheinischen Post den Beitrag gelesen haben, in dem ich mich unter anderem zum Tourismus in Uedem geäußert habe. Hier ist ein Satz gefallen, dessen Missverständlichkeit mir leider nicht aufgefallen ist und der mir sehr leid tut. Ich habe mich kritisch über das gastronomische Angebot in Uedem geäußert. und in diesem Zusammenhang dabei den Markt genannt. Dadurch ist der unbeabsichtigte Eindruck entstanden, ich würde die Angebote von Hassan und Nurije Kahraman schlecht machen wollen. Dies war nie meine Absicht, weil ich ganz im Gegenteil sehr lecker finde, was es in der Pizzeria und dem türkischen Imbiss zu essen gibt. Ich habe beiden im persönlichen Gespräch schon mein Bedauern zum Ausdruck gebracht, wollte aber die Gelegenheit nicht verstreichen lassen, dies hier auch öffentlich zu tun.

Zum Schluss möchten wir nicht versäumen, der Verwaltung – und hier namentlich den Herren Billion und Lentz – für ihre Arbeit zu danken.

Wie ich zu Beginn schon erwähnte: Die SPD drückt sich nicht davor, Mitverantwortung zu übernehmen und stimmt dem Nachtragshaushalt zu.